



Gemeinde Neufahrn b. Freising
Straßenverkehrsbehörde
Bahnhofstraße 32
85375 Neufahrn b. Freising

Sachbearbeiter	Telefon	Zimmer-Nr.
Frau Hoisl	08165 / 9751 - 132	E05
Herr Ratajszak	08165 / 9751 - 131	E05
Email	Fax	
verkehr@neufahrn.de	08165 / 9751 - 290	

Antrag auf Erteilung eines Bewohnerparkausweises

gemäß § 45 Absatz 1b Nr. 2a, § 46 Absatz 1 Nr. 11 Straßenverkehrsordnung

- Änderung -

Antragsteller

Anschrift

Telefon / Email (freiwillige Angaben)

Parkausweis-Nr.: _____

Umzug – Änderung der Bewohnerparkzonen

Ich bin in einen anderen Bewohnerparkbereich umgezogen und beantrage die Änderung meines Parkausweises / meiner Parkausweise.

Kennzeichenänderung

Das in meinem Parkausweis eingetragene Kennzeichen hat sich geändert. Ich beantrage hiermit einen neuen Parkausweis.

Altes Kennzeichen: _____

Neues Kennzeichen: _____

PKW

Motorrad (siehe Hinweis Nr. 9)

Bei Antragstellung vorzulegen:

- Personalausweis / Reisepass
- Bewohnerparkausweis, der geändert werden soll
- Fahrzeugschein/e
- Bescheinigung des Fahrzeughalters über die Befugnis, das Fahrzeug dauernd zu nutzen (nur bei Kennzeichenänderung)

- bitte wenden -

Hinweise

1. Antragsberechtigt ist jeder Bewohner, der mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in einer Bewohnerparkzone amtlich gemeldet ist.
2. Die Gemeinde Neufahrn ist berechtigt, die Vorlage weiterer sachdienlicher Nachweise zu verlangen.
3. Falls auf einen Antragsteller mehrere Fahrzeuge zugelassen sind, kann für jedes Fahrzeug ein eigener Ausweis beantragt werden oder ein Ausweis, in den bis zu 3 Kennzeichen eingetragen werden.
4. Der Bewohnerparkausweis gilt ein Jahr ab Ausstellung. Eine Verlängerung des Ausweises kann bis zu 4 Wochen vor Ablauf des Ausweises beantragt werden.
5. Der Inhaber eines Bewohnerparkausweises ist lediglich berechtigt,
 - das Fahrzeug auf öffentlichen Stellplätzen, an denen das Parken ansonsten nur unter einer Zeitbeschränkung zulässig ist, unter Überschreitung der angegebenen Höchstparkzeit abzustellen
 - nur in den im Ausweis vermerkten Straßenbereichen (Zonen) entsprechend zu parken.
6. Dem Antragsteller ist bekannt, dass durch die Erteilung eines Bewohnerparkausweises kein Anspruch auf Freihaltung eines bestimmten Parkplatzes besteht.
7. Der Original-Parkausweis ist gut sichtbar im Kraftfahrzeug, vergleichbar einer Parkscheibe, auszulegen. Der Ausweis gilt nur für das beantragte und im Ausweis angegebene Fahrzeug, er ist also nicht übertragbar (auch nicht auf Besucher).
8. Andere Fahrzeuge als PKW und Motorräder sind von der Parkerlaubnis ausgeschlossen.
9. Soll der Bewohnerparkausweis für ein Motorrad ausgestellt werden, hat der Fahrzeughalter dafür zu sorgen, dass der Parkausweis gut lesbar am Fahrzeug befestigt wird. Bei einer widerrechtlichen Entfernung des Parkausweises durch Dritte – siehe Punkt 12. Ausgestellte Verwarnungen durch die kommunale Verkehrsüberwachung aufgrund des Fehlens eines entsprechenden Parkausweises können nicht zurückgenommen werden, unabhängig davon, ob der Parkausweis vergessen oder von Dritten entfernt wurde.
10. Für die erstmalige Ausgabe des Bewohnerparkausweises ist eine Verwaltungsgebühr von 30,00 Euro zu entrichten. Die Gebühr für die jährliche Verlängerung des Ausweises beträgt 20,00 Euro. Die Zahlung hat vor Aushändigung des Ausweises mittels EC-Zahlung zu erfolgen. In Ausnahmefällen ist auch eine Barzahlung möglich.
11. Ist eine Änderung des Bewohnerparkausweises während der Jahreslaufzeit veranlasst, z. B. bei Fahrzeugwechsel, so ist dies unverzüglich anzuzeigen. Die Verwaltungsgebühr hierfür beträgt 2,50 Euro.
12. Der Verlust des Parkausweises ist der Gemeinde unverzüglich mitzuteilen. Dieser wird für ungültig erklärt, ein Ersatzausweis wird nicht ausgestellt. Es ist eine Neuausstellung zu beantragen, deren Kosten analog zur Verlängerung 20,00 Euro betragen.
13. Unwahre Angaben und Missbrauch führen zum Widerruf des Parkausweises. Bereits entrichtete Verwaltungskosten werden nicht erstattet.
14. Eine eigenständige Änderung oder die Herstellung einer Kopie des Parkausweises wird als Urkundenfälschung nach § 267 Strafgesetzbuch zur Anzeige gebracht.
15. Der Unterzeichner erklärt hiermit, alle Fragen wahrheitsgemäß beantwortet, alle vorgenannten Hinweise und die Informationen zum Datenschutz gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung der EU zur Kenntnis genommen zu haben.

Datum, Unterschrift des Antragstellers